

Bundesrat – 908. Sitzung – 22. März 2013

Rede von Frau Staatsministerin Christine Haderthauer zum Gesetz zur Aufhebung des Betreuungsgeldgesetzes (Gesetzgebung)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Weil, Sie haben im heutigen ARD-Morgenmagazin gesagt, der Bundesrat dürfe kein Blockadeinstrument sein. Sie rechnen also – und zwar völlig zu Recht – selber nicht damit, dass Sie mit diesem Antrag die Einführung und die Umsetzung des Betreuungsgeldes verhindern können. Damit wird Ihre Absicht, dieses hohe Gremium, den Bundesrat, für den Wahlkampf zu instrumentalisieren, noch offensichtlicher. Das halte ich für unangemessen.

Ich habe mit großem Interesse auch verfolgt, wie sich die Äußerungen so mancher, die die Regelung mit im Gesetz verankert haben, im Laufe der Zeit verändert haben. 2007 wurde vom damaligen Finanzminister Peer Steinbrück verkündet, der Rechtsanspruch auf die Krippe und das Betreuungsgeld seien ein Quantensprung, damit sei eine vernünftige Lösung geschaffen. 2013 heißt es vom Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl: welch ein Irrsinn und Schwachsinn! – Ich sage trotzdem herzlichen Dank an die SPD; denn ohne die SPD wäre das Betreuungsgeld nicht in § 16 SGB VIII verankert worden. Das war die entscheidende Grundlage dafür, dass wir es jetzt umsetzen können.

Herr Ministerpräsident Weil, wenn Sie sagen, das Betreuungsgeld gehe dann an ärmere Eltern oder Familien mit Migrationshintergrund, so halte ich das für nicht mehr und nicht weniger als eine Diffamierung ärmerer Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Auch sie sind gute Eltern für ein- und zweijährige Kinder.

Meine Damen und Herren, auch die Grünen in den entsprechenden Konstellationen wenden sich durch die Unterstützung des Antrags gegen das Betreuungsgeld. Es ist schön, dass die Grünen in Bayern da schon ein Stück weiter sind. Die profilierte Landtagsabgeordnete der Grünen Claudia Stamm hat kürzlich öffentlich bekannt, der Ausdruck „Herdprämie“ für das Betreuungsgeld sei nicht nur diffamierend, sondern er spiele Eltern gegeneinander aus. Gute Mutter, schlechte Mutter, diese Diskussion sollte endlich beendet werden. Offenbar haben die Grünen gemerkt, dass sie auch junge Familien in ihrer Klientel haben, die von Familie eine andere Vorstellung haben als nur die der staatlichen Kindererziehung.

Meine Damen und Herren, der Antrag dokumentiert aber noch etwas anderes – Sie haben das in Ihrer Rede sehr schön ausgeführt, Herr Ministerpräsident Weil –, nämlich dass die Länder Angst haben vorm Rechtsanspruch auf den Krippenplatz, den Sie damals unbedingt wollten. Viele haben Angst davor, weil sie ihre Hausaufgaben leider nicht gemacht haben.

Die Finanzierungsverantwortung dafür liegt nämlich nicht beim Bund, sondern bei den Ländern. Trotzdem hat die Bundesregierung von 2008 bis 2013 insgesamt 4 Milliarden Euro als freiwilligen Zuschuss an die Länder überwiesen und diesen Ansatz zuletzt noch einmal um 600 Millionen Euro erhöht. Ab 2015 überweist der Bund den Ländern jährlich 845 Millionen Euro für die Förderung der Betriebskosten.

Die Forderung in diesem Antrag nun, das Betreuungsgeld statt an die Eltern lieber in die Kassen für die staatliche Kinderbetreuung fließen zu lassen, lenkt von der eigenen Finanzierungsverantwortung ab und soll nur die Versäumnisse und Defizite einiger Länder beim Ausbau der Kinderbetreuung kaschieren. Über 51 Prozent der bundesdeutschen Jugendämter gaben als Grund für die Hürden beim Ausbau der Kinderbetreuung eine unzureichende Kofinanzierung durch das jeweilige Land an. Einen schöneren Beweis dafür, dass das stimmt, als diesen Antrag und das, was Sie heute dazu gesagt haben, Herr Ministerpräsident Weil, gibt es nicht.

Zweiter Punkt: In einem Staat, der seinen Bürgern nicht vertraut, fühlen sich die Bürger nicht wohl. Das sage ich, weil bei der Frage, ob man jungen Eltern Geld geben kann, dieser Gedanke immer wieder durchschimmert. Sie haben das gerade noch einmal sehr anschaulich geschildert.

Ich gehe noch weiter und sage: In einem Staat, in dem jungen Eltern nicht vertraut wird, bekommen junge Menschen keine Kinder mehr. Das Betreuungsgeld ist ein Signal für Vertrauen statt Misstrauen.

Das Betreuungsgeld ist eine Botschaft von großer gesellschaftspolitischer Wirkung. Deswegen streiten wir auch offenbar gerade in diesen Monaten vor der Wahl noch einmal darum. Die Botschaft heißt nämlich, dass Kinder ihre Eltern brauchen – in jedem Alter! Aber Ein- und Zweijährige brauchen nur wenig mehr als ihre Eltern.

Das Betreuungsgeld ist auch ein Ja zur Organisation der privaten Betreuung in der Familie, weil Elternverantwortung eben auch heißt, die für mein Kind und meine Situation passende Betreuung zu organisieren. Das müssen nicht immer Eltern persönlich sein. Da kann es eine Krankenschwester geben, einen Schichtarbeiter oder einen freien Journalisten, der Arbeitszeiten hat, in denen er sein Kleinkind lieber in seinem Bettchen liegen haben möchte, als es in eine Krippe zu geben.

Das ist die Grundhaltung, die auch die deutsche Bevölkerung teilt. Allensbach hat nicht Stimmungen, sondern Grundhaltungen abgefragt. 73 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass es für Ein- und Zweijährige nicht unbedingt besser wäre, eine Kita zu besuchen, als in der Familie betreut zu sein.

Das Betreuungsgeld honoriert die familiäre Erziehungsleistung. Aber wir wollen damit auch sehr klar die Botschaft verbinden, dass alle Eltern eine Erziehungsleistung vollbringen, ganz egal welche Betreuungsform sie wählen. Deswegen finde ich es immer noch schöner, wenn wir auf die Elternverantwortung abstellen. Es gibt Spielraum für Elternverantwortung. Wo kein Spielraum für Verantwortung ist, findet sie nicht statt, werden Eltern letztendlich entmündigt. Eltern müssen das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen – übrigens ein Wort, das in dieser Diskussion wie kaum ein anderes vernachlässigt wird.

Danke, dass Sie Norwegen angesprochen haben! Alle anderen Länder, die sehr früh mit der aushäusigen frühkindlichen Kinderbetreuung angefangen haben, befinden sich derzeit auf dem Rückweg. Frankreich und unsere skandinavischen Nachbarn mussten, nachdem die Krippe für Babys ab sechs Monaten in den 90er Jahren zunächst einen Siegeszug angetreten hatte, lernen, dass Kinder ihre eigenen Bedürfnisse haben, besonders Kleinstkinder. Nachdem dort Befunde über Entwicklungsstörungen die Runde gemacht hatten, gibt es seit 2007 eine heftige Diskussion über das Kindeswohl, über Krippenfähigkeit und das Alter, welches dafür das richtige ist.

Herr Ministerpräsident Weil, in den skandinavischen Ländern wurde das Elterngeld ausgebaut. Das allein ist der Grund, weshalb das Betreuungsgeld dort nicht mehr so stark in Anspruch genommen wird. Das großzügige Elterngeld ermöglicht es Eltern, ihre Kinder ab 18 Monaten, manchmal auch erst ab zwei Jahren in die Krippe zu geben. Das ist das Alter, von dem die meisten Entwicklungsphysiologen sagen, dabei sei man auf der sicheren Seite.

Sogar Frankreich verfolgt seit 2008 eine Familienpolitik, die die häusliche Betreuung stärkt. Dort gibt es sogar Zuschüsse zur häuslichen Nanny, wenn unter dreijährige Kinder zu Hause sind, oder eben ein Betreuungsgeld von 500 Euro.

Der anerkannte dänische Familientherapeut Jesper Juul sagt über die Kinder in den skandinavischen Ländern: „Wir wissen, dass rund ein Fünftel der Ein- bis Zweijährigen darunter leiden, in die Kita gehen zu müssen, weil sie Trennungsängste haben.“ Dazu sage ich: Lasst uns Vielfalt fördern, nicht Einfalt!

Das Bildungsargument halte ich ebenfalls für ein sehr wichtiges. Ja, wir wissen, wie wichtig frühkindliche Bildung ist. Aber für Ein- und Zweijährige ist der Schlüssel zur Bildung die Bindung. Bindung kann man nicht an Einrichtungen delegieren. Bindung ist der Schlüssel dafür, dass Bildung später gelingt. Der primäre Bildungsort ist die Familie; das sagt uns jeder Bildungsbericht. Das heißt nicht, dass in der Krippe keine Bildungsimpulse stattfinden. Aber die Entscheidung darüber, wann die Bindung so stabil ist, dass die Krippe eine sinnvolle Lösung ist, müssen Eltern treffen, vor allem die Entscheidung, wann das Kind im richtigen Alter dafür ist. Deswegen baut das Betreuungsgeld eine wichtige Brücke.

Sie haben das Argument genannt, ärmere Eltern verzichteten aus finanziellen Gründen auf die Krippe oder meldeten ihr Kind gar ab. Es wird allenthalben genannt, sicherlich auch von den Nachrednern. Ich sage: Das ist lebensfremd. Sie wissen ganz genau, dass das Betreuungsgeld angerechnet wird, wenn jemand Sozialtransfers bezieht. Und Sie wissen genau, dass jemand, der keine Sozialtransfers bezieht, auch in der Krippe Geld bezahlen, einen Elternbeitrag leisten muss. Das heißt, wer aufs Geld schaut, meldet sein Kind gar nicht erst in der Krippe an.

Zum Schluss darf ich noch ausführen, warum wir das Betreuungsgeld in Verbindung mit dem Rechtsanspruch auf den Krippenplatz dringend brauchen. Ich habe es vorhin gesagt: Eltern vorzuschreiben, was sie tun sollen, das Gefühl zu vermitteln, der Staat wisse besser als sie, was für ihre Kinder und Familien gut ist, diese Tonalität in der Diskussion, die fast etwas von Entmündigung und Verunsicherung hat, wirkt schädlich. Wir brauchen nicht schwache, entmündigte und

verunsicherte Eltern; denn dann gibt es auch schwache Kinder. Wir brauchen starke Eltern für starke Kinder.

Entmündigung wird natürlich leichter, wenn zuerst Verunsicherung gesät wird. Deswegen wird immer so getan, als ob Bildung nur in Krippen stattfinde. Uns ist klar, warum darüber im Moment und wahrscheinlich noch bis September sehr heiß diskutiert wird: Wer zuerst verunsichert, wer zuerst mittelbar lenkt, indem er nur eine Form der Betreuung finanziell unterfüttern will und damit die andere Form benachteiligt, der outet sich, der hat ein Ziel, das auch Ministerpräsidentin Kraft schon einmal sehr deutlich ausgesprochen hat: Am Ende steht dann der verpflichtende Kitabesuch für alle ab einem Jahr. Das schimmerte auch bei Ihnen schon durch. Wenn Sie ärmeren oder ausländischen Eltern unterstellen, dass sie ihren Kindern nicht die richtigen Impulse geben, dann ist das doch die logische Folge. Der Kampf gegen das Betreuungsgeld schlägt eine Schneise dahin. Wir kennen das aus der Tradition der „Hoheit über die Kinderbetten“. Es ist bekannt, dass Sie genau in diese ideologische Richtung gehen.

Wer heute diesem Antrag zustimmt, der stimmt dafür, dass diese ideologische Richtung unterstützt wird. Das kann weder im Kindeswohl noch im Interesse von jungen Eltern liegen. Deswegen bitte ich den Antrag abzulehnen.